



Formular CH@WORLD: **A754**

Schweizerische Vertretung in: Athen	
Land: Griechenland	Letzte Aktualisierung: 14.8.2018

Wirtschaftsbericht

Griechenlands Neubeginn und Rückkehr zur Normalität

Am 21. Juni bestätigte die Eurogruppe den **erfolgreichen Abschluss der vierten und abschliessenden Programmüberprüfung** und vereinbarte, am **20. August 2018** die achtjährigen **Hilfsprogramme Griechenlands zu beenden**. Parallel dazu wurde auch ein **Massnahmenpaket zum Schuldenabbau** geschnürt, das dem Land, ohne finanzielle Unterstützung von Partnern, erlauben wird, auf eigenen Beinen zu stehen. In dieser als historisch bezeichneten Vereinbarung stimmten die griechischen Behörden einer **verstärkten Überwachung** für die Zeit nach dem Programmende zu und der **vollständigen Umsetzung** der im Rahmen des letzten Programms vereinbarten **Schlüsselreformen**. Im Gegenzug wurde Griechenland eine **letzte ESM-Hilfsrate** in Milliardenhöhe zugesprochen, womit Griechenland bis zum Programmende ca. **280 Milliarden Euro an Hilfskrediten** erhalten wird. Auch gab der **Internationale Währungsfonds IWF** bekannt, sich am auslaufenden Griechenlandprogramm definitiv nicht mehr finanziell zu beteiligen und sein Engagement als Berater auch nach Ablauf des ESM-Programms fortzuführen.

Das Einstellen des seit 2009 laufenden **Defizitverfahrens gegen Griechenland im Jahr 2017** und die kontinuierliche **Lockerung der 2015 eingeführten Kapitalverkehrskontrollen** vermochten in den vergangenen Monaten das **Wirtschaftsklima** positiv zu beeinflussen. Mit dem Abschluss der makroökonomischen Anpassungsprogramme und dem Beginn der verstärkten Überwachung (voraussichtlich bis 2022) schwindet auch die Unsicherheit, die ausländische Investoren bislang fernhielt. Zu einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum soll auch das neue Wachstumsmodell via Investitionsanreizen und wachstumsfördernden Massnahmen beitragen.

In 2017 kehrte die griechische Wirtschaft nach einer langen Rezessionsphase, die ca. 26% des Bruttosozialproduktes verzehrte, auf den Wachstumspfad zurück. Mit einem positiven Vorzeichen in allen vier Quartalen lag die **Konjunktur bei 1,4%** und seit 2007 erstmals wieder über 1%. Das Wachstum setzte sich auch im ersten Quartal 2018 fort und lässt auf eine weitere Kräftigung schliessen. Die Prognosen für 2018 und 2019 liegen bei 1,9 und 2,3%.

Die **Arbeitslosigkeit** fiel 2017 auf **21,5%**, was dem niedrigsten Niveau seit sechs Jahren entspricht, und soll bis 2022 auf ca. 15% sinken.

Die **Staatsverschuldung** Griechenlands gemessen am Bruttoinlandprodukt fiel 2017 im Vergleich zum Vorjahr um 2,2 Prozentpunkte auf **178,6%** (328,7 Mrd. Euro) und soll ab 2019 weiter sinken. Ende 2017 beliefen sich die Schulden gegenüber dem EFSF, ESM und IWF auf 233,3 Mrd. Euro.

Der **Primärüberschuss** lag 2017 bei **4,2% des BIP** und übertraf damit deutlich die im Rahmen des ESM-Programms vereinbarte Vorgabe von 1,75%. Die entsprechenden Zielwerte bis 2022 liegen bei jeweils 3,5% des BIP und danach bei 2,2% (2009 lag das Haushaltsdefizit noch bei über 15%).

Im April 2017 blieb die **Inflation** nach 48 negativen Monatswerten in Folge unverändert (0%) und pendelte sich Ende Jahr auf **1,1%** ein. Im Juni 2018 betrug sie 1%.

Die **Schweiz** ist gemäss griechischen Statistiken der **5. grösste ausländische Direktinvestor**. Die **griechischen Auslandsinvestitionen in der Schweiz** sind vernachlässigbar.

Die **Schweizerischen Exporte** belegten 2017 laut der griechischen Aussenhandelsstatistik den **23. Platz**. Von Januar bis April 2018 verzeichneten sie einen Rückgang von 2,6% gegenüber dem Vorjahr.

Die **griechischen Ausfuhren in die Schweiz** belegten 2017 lediglich den **39. Platz**, vermochten jedoch in den ersten vier Monaten 2018 gegenüber der Vorjahrsperiode um über 14% zuzulegen.

Griechenland ist für Schweizer Touristen eine **sehr beliebte Reisedestination**. 2017 bereisten knapp **450'000 Schweizerinnen und Schweizer** das Land. Einen ständigen Wohnsitz in Griechenland haben zurzeit etwas mehr als 2'800 Schweizerinnen und Schweizer.

1 Wirtschaftliche Probleme und Herausforderungen

Am **20. August 2018** wird Griechenland **eines der härtesten Konsolidierungsprogramme abschliessen** und ein **neues Kapitel** aufschlagen. In einer als historisch bezeichneten Vereinbarung attestierten die Finanzminister der Euro-Gruppe am **21. Juni 2018** in Luxemburg den **erfolgreichen Abschluss der vierten und letzten Revision** des dritten Hilfsprogramms und einigten sich darauf, die **Hilfsprogramme Ende August zu beenden**. Ebenso wurde Griechenland die bereits 2016 in Aussicht gestellte **Schuldenrestrukturierung gewährt**.

Der Abschluss der letzten Revision bestätigte die Erfüllung der vereinbarten Voraussetzungen («prior actions») seitens der Athener Regierung und schaltete eine **letzte Kredittranche in Höhe von 15 Mrd. Euro** frei. Im Rahmen des Luxemburger Beschlusses wurden zur Gewährleistung der Schuldentragfähigkeit im Wesentlichen folgende mittelfristige Massnahmen definiert.¹

- Gewährung einer **Hilfstranche in Höhe von 15 Milliarden Euro** aus dem seit 2015 laufenden dritten ESM-Hilfsprogramm, wovon 9,5 Milliarden Euro für den Kapital-Puffer verwendet werden sollen. 3,3 Milliarden Euro werden der **Rückzahlung der teuren IWF-Kredite** dienen, die sich zurzeit auf ca. 10,6 Milliarden Euro belaufen. Der Kapital-Puffer, der Griechenland bei der Refinanzierung an den internationalen Märkten vor Instabilitäten schützen wird, enthält Mittel in Höhe von insgesamt 24,1 Milliarden Euro und wird nach August 2018 während knapp zwei Jahren als Schutzpolster dienen.
- **Zehnjährige Verlängerung der Zahlungsfristen der Kredite der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität EFSF** in Höhe von ca. 100 Milliarden Euro **bis 2032** (Zinszahlungen und Tilgung). 2032 wird entschieden, ob das Ergreifen weiterer Massnahmen notwendig ist.
- Sukzessive **Gutschrift der Zinsgewinne** der europäischen Zentralbanken in Höhe von insgesamt 4,8 Milliarden Euro in den nächsten vier Jahren.
- Aktivierung eines **verstärkten Überwachungsmechanismus** zur Überprüfung der griechischen Wirtschaft und Einhaltung der vereinbarten post-memorandums Massnahmen. Seitens der EU-Kommission wird dabei eine vierteljährliche Berichterstattung erfolgen.
- Die von **2023 bis 2060** zu generierenden **Primärüberschüsse wurden auf 2,2% des BIP** festgelegt, was 0,4 Prozentpunkte tiefer liegt als 2017 in Aussicht worden gestellt war. Unverändert bleiben die Primärüberschussziele **bis 2022 bei 3,5% des BIP**.

Regierungsquellen zufolge werden die neuen Massnahmen Mittel in Höhe von ca. **95 Milliarden Euro freistellen** und bis 2060 die Schuldenquote gemessen am BIP um 25% senken, wodurch auch der jährliche Bruttofinanzierungsbedarf um 6% des BIP geringer ausfallen wird.

Die Euro-Gruppe begrüsst auch die **Finalisierung der «Nationalen Wachstumsstrategie»**, die nach Abschluss der Memoranden das langfristige Wachstumspotential und Investitionsklima fördern soll. Am Treffen der europäischen Finanzminister in Luxemburg gab die Chefin des Internationalen Währungsfonds Christine Lagarde schliesslich bekannt, dass der Fonds Griechenland **definitiv keine weiteren Hilfskredite gewähren** und sich nur noch als technischer Berater engagieren wird.²

Im Zuge der Konsolidierungsprogramme, die im Mai 2010 begannen, konnte das Haushaltsdefizit von über 15% des BIP sukzessive abgebaut und Überschüsse generiert werden. Die seit 2010 rezessive Wirtschaft konnte auf den Pfad des Wachstums zurückgebracht und die Arbeitslosigkeit um fast 8 Prozentpunkte auf ca. 20% gesenkt werden. Griechenland erhielt in den Jahren der Konsolidierung mehr als 260 Mrd. Euro von den internationalen Gläubigern (wovon 11,3 vom IWF) und musste dafür ein strenges Reformprogramm umsetzen. Allein in den letzten drei Jahren waren es mindestens 450

¹ Mit der Umsetzung dieser Massnahmen soll den Finanzierungsbedarf (GFN) bis 2042 unter 15% und danach unter 20% des BIP gewährleistet werden. Kurzfristige Schuldenrestrukturierungsmassnahmen wurden bereits 2017 implementiert.

² Im Frühling 2017 hatten sich die Europäischen Partner und der IWF auf eine grundsätzliche Teilnahme des Fonds am dritten Griechenlandprogramm geeinigt, wobei der Fonds für eine Auszahlung weiterer IWF-Kredite (1,6 Mrd. Euro) eine spürbare Schuldenerleichterung seitens der EU-Partner zur Voraussetzung gemacht hatte.

Reformen. Bereits im Sommer 2017 hatte die EU-Kommission die erheblichen Anstrengungen des Landes zur Konsolidierung seiner öffentlichen Finanzen und die Fortschritte bei der Umsetzung der Unterstützungsprogramme anerkannt und dem EU-Rat empfohlen, das seit 2009 laufende **Defizitverfahren gegen Griechenland einzustellen**.

Mit dem **Schwinden der wirtschaftlichen Unsicherheit** und den **positiven Aussichten für ein stabiles Wirtschaftswachstum**, kommt die SYRIZA-ANEL Koalitionsregierung, die im Januar 2015 die Regierungsgeschäfte übernahm, der Umsetzung ihres Regierungsprogramms nach einem nachhaltigen und sozialgerechten Wachstum ein gutes Stück näher. Spätestens Ende August 2018 wird sie die strenge Austeritätspolitik der letzten acht Jahre definitiv hinter sich lassen können, um auf mehr Wachstum, Investitionen und Beschäftigung hinzuarbeiten.³

1.1 Konjunktur

Erstmals seit Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise konnte die griechische Wirtschaft die Rezessionszyklen durchbrechen und fand 2017 mit einem Wachstum von **1,4%** auf den Wachstumspfad zurück. Nachdem die Rezession in den vergangenen Jahren das reale Wachstum um mehr als ein Viertel schrumpfen liess, wuchs es 2017 um 3,5 Mrd. auf knapp **178 Mrd. Euro**. Gestützt auf den aktuellen Prognosen der EU-Kommission, wird das **Wirtschaftswachstum 2018-2019** bei 1,9% resp. 2,3% liegen und damit tiefer ausfallen als ursprünglich in beiden Jahren erwartet war (je 2,5%). Diese Korrektur der Wachstumsperspektiven erfolgte wegen des schwachen privaten Konsums in 2017 (+0,1% anstatt +0,9%) und dürfte auch eine gewisse Unsicherheit hinsichtlich der Wirtschaftspolitik, die nach Programmende eingeschlagen wird, widerspiegeln. Angesichts der anstehenden **Renten Kürzungen in 2019** in Höhe von durchschnittlich ca. 14% und der **Herabsetzung des Steuerfreibetrags in 2020** dürfte es ohne eine Zunahme der Investitions- und Exportaktivitäten schwierig sein, selbst die nach unten revidierten Konjunkturprognosen für die nächsten Jahre zu erreichen.

Die **Arbeitslosigkeit** fiel im Dezember 2017 auf **20,8%** und verharrt seither auf demselben Niveau. Obwohl es sich um den niedrigsten Wert seit mehr als sechs Jahren handelt, bleiben dennoch über **eine Million** Griechen weiterhin ohne Arbeit. Mit 45% ist Griechenland auch in der Jugendarbeitslosigkeit europäischer Spitzenreiter. Obwohl die neugeschaffenen Arbeitsplätze mit ca. 56'000 neuen Stellen Rekordwerte erreichen, dürfte die rückläufige Arbeitslosenquote grösstenteils auf die Schaffung von „Mini-Jobs“ und verstärkten Massnahmen zur Bekämpfung der grassierenden Schwarzarbeit zurückzuführen sein.

Nach vier negativen Jahreswerten in Folge wies die **Teuerung** in 2017 wieder einen positiven Wert auf und lag bei **1,1%**. Im April 2018 fiel sie auf 0,6% zurück. Trotz der Entwicklungen in den vergangenen Jahren bleiben die Konsumausgaben für die Deckung der Grundbedürfnisse weiterhin hoch, da die Preise nicht dieselbe Korrektur wie die Einkommen erfahren haben. Viele Produktpreise sind im europäischen Vergleich nach wie vor hoch und oftmals Ergebnis von Marktabsprachen und/oder Oligopolen. Dazu kommen neue Steuern (wie die Solidaritätssteuer, Immobiliensteuern, Sonderkonsumsteuern auf Brennstoffen, Kaffeeprodukten, Zigaretten, etc.) und zahlreiche Steuererhöhungen. Stark von der Krise betroffen ist auch der **Immobilienmarkt**, der einst tragende Pfeiler der griechischen Wirtschaft. Von 2008 bis 2016 brachen die Immobilienpreise um über 40% ein. Seit 2017 sind jedoch erste Anzeichen einer leichten Erholung zu erkennen.

1.2 Staatshaushalt

Bei der Rückkehr auf einen Pfad langfristig tragfähiger öffentlicher Finanzen hat Griechenland erhebliche Fortschritte erzielt, die am 12. Juli 2017 mit der Empfehlung der EU-Kommission, das Defizitverfahren gegen Griechenland einzustellen, honoriert wurden. 2017 verzeichnete der Staatshaushalt⁴ einen Überschuss von **0,8% des BIP** (1,4 Mrd. Euro) und lag damit weit unter der europäischen Defizitschwelle von 3% (2009 lag das Defizit noch bei über 15% des BIP resp. 36 Mrd. Euro). In den ersten fünf Monaten 2018 betrug der Haushaltsüberschuss 1,9% des BIP.

³ Allein im Rahmen des Förderprogramms „Neustart für Arbeitsplätze und Wachstum in Griechenland“ sollen bis 2020 35 Mrd. Euro aus dem EU-Haushalt verfügbar gemacht werden (bis Juni 2017 waren es fast 11 Mrd. Euro). Auch sollen im Rahmen des Juncker-Plans über 3,3 Mrd. Euro an Investitionen aus dem Europäischen Fonds für Strategische Investitionen mobilisiert werden können.

⁴ European System of National and Regional Accounts (ESA 2010).

Im Jahr 2017 erreichte der erzielte **Primärüberschuss** (Überschuss vor Bedienung der Schuldzinsen) der Regierung **4,2% des BIP** und übertraf damit deutlich den mit den Gläubigern vereinbarten Zielwert von 1,75 % des BIP. Im ersten Quartal 2018 stieg der Primärüberschuss gegenüber dem Vorjahr um mehr als das Doppelte und lag mit 2,37 Mrd. Euro deutlich über dem Ziel von 1,27 Mrd. Euro. Gemäss dem 3. Memorandum wurden die entsprechenden Zielwerte für **2018 bis 2022 bei 3,5%** festgelegt und danach **bis 2060 bei 2,2% des BIP**.

Darüber, dass Griechenlands gegenwärtige **Schuldenlast** langfristig kaum tragfähig ist, besteht unter Ökonomen kaum Zweifel. Die Schulden gemessen am BIP stiegen von 176,8% in 2015 auf **180,8% des BIP** in 2016 und sollen nach einem weiteren leichten Anstieg in 2017 erst im Jahr 2018 wieder fallen. Ende 2020 sollen sie noch 159,9% des BIP betragen.⁵

Die **Leistungsbilanz** verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um 2,1 Mrd. Euro und kletterte auf knapp 17,5 Mrd. Euro, dem höchsten Wert seit 2014. Positiv auf das Leistungsbilanzsaldo wirkten sich die **Rekordeinnahmen im Tourismus** in Höhe von 14,5 Mrd. Euro und die **tiefere netto Zinszahlungen** aus, die 2017 noch bei 6,4 Mrd. Euro lagen (2008 betragen sie 15,8 Mrd. Euro)⁶.

1.3 Wirtschafts- und Steuerpolitik

Die griechische Wirtschaft wies in den Jahren 2001 bis 2007 – vorwiegend gestützt auf fremdfinanzierten Konsum – ein im EU-Vergleich überdurchschnittliches Wachstum auf. Das Ausbleiben von Strukturreformen und die Gewährung exzessiver Lohnerhöhungen führten bekanntlich zu einem rasanten Wettbewerbsverlust und riesigen Defiziten beim Staatshaushalt und der Leistungsbilanz. Zur Konsolidierung der Wirtschaft leitete die Regierung unter dem Druck der internationalen Institutionen **rigorose Spar- und fiskalpolitische Massnahmen** ein. Von 2008 bis 2016 schrumpfte dadurch die griechische Wirtschaftsleistung um über 26% und die inländische Konsumnachfrage ging stark zurück. Zudem setzt eine restriktive Kreditvergabepolitik der Bankinstitute dem privaten Sektor und insbesondere den KMUs weiterhin schwer zu.

Von 2010 bis 2018 bilden die **Vereinbarungen (Memoranden⁷) mit den internationalen Kreditgebern** den Rahmen für die Wirtschaftspolitik des Landes. Für 2010-2014 beliefen sich die zugesicherten Unterstützungsmassen auf insgesamt **237 Mrd. Euro**, weitere max. **86 Mrd. Euro** werden bis 2018 zur Verfügung stehen.⁸

Der **wirtschaftspolitische Grundkurs** der Regierung orientierte sich bis anhin am so genannten **Programm von Thessaloniki**, das SYRIZA im Herbst 2015 präsentierte. Die Prioritäten des Programms sind: **Verbesserung der Liquiditätsversorgung** in der Wirtschaft und **der institutionellen Rahmenbedingungen für Investitionen** (via Bankenrekapitalisierung, Nationalen Strategischen Rahmenplan (NSRP 2014-2020), Bildung einer Entwicklungsbank, Nutzung des 35 Mrd. Euro hohen Investitionspakets „Juncker“), **Förderung und Neuorientierung der Agrarökonomie**, **Entwicklung einer sozialgerechten Wirtschaft**, **Förderung des Sozialstaates** sowie **radikale Neugestaltung und Demokratisierung des Staates** (Modernisierung der Verwaltung, Bekämpfung der Steuerhinterziehung und Korruption). Nach Programmende will die Regierung den sich öffnenden wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum nutzen und mittels der **«Nationalen Wachstumsstrategie»** das langfristige Wachstumspotential und Investitionsklima fördern.

1.4 Entwicklung in wichtigen Bereichen

1.4.1 Tourismus

Nach einem **starken Tourismusjahr** in 2017, das ca. 28 Millionen ausländische Touristen nach Griechenland und direkten Einnahmen in Höhe von etwa 14,5 Milliarden Euro brachte (ca. 8% des BIP), werden im laufenden Jahr erneut Höchstwerte bei den Ankünften und Einnahmen erwartet. Allein die

⁵ Fortschrittsbericht der EU-Kommission: https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/economy-finance/compliance_report_4r_2018.06.20.docx.pdf

⁶ Die Reduktion der Zinsen ist auf den Schuldenschnitt (PSI) im Jahr 2012 zurückzuführen (Quelle: Bank of Greece).

⁷ Memorandum of Understanding of Specific Economic Policy Conditionality vom 3.5.2010, Memorandum of Economic and Financial Policies vom 9.2.2012 und Memorandum of Understanding for a three-year ESM program vom 11.8.2015.

⁸ Bei den Kredithilfen handelt es sich weltweit um die grössten jemals zugesprochenen finanziellen Unterstützungsmassnahmen, wobei etwa die Hälfte der griechischen Staatsschulden die Hilfspakete ESM (European Stability Mechanisms) und EFSF (European Financial Stability Facility) ausmachen.

Metropole Athen, die sich in den letzten Jahren zu einer beliebten City-Break Destination mit internationalen Auszeichnungen⁹ gemausert hat, konnte 5 Millionen Touristen (+650% seit 2013) anlocken.¹⁰ Günstige Reisearrangements, vereinfachte Visaverfahren und die politisch angespannte Lage in der Nachbarschaft verhalfen der Reisedestination Griechenland zu zusätzlicher Attraktivität. Im Travel & Tourism Competitiveness Report 2017 verbesserte Griechenland seine Position gegenüber 2015 um beachtliche sieben Plätze und belegte den 24. Rang unter 136 Ländern.

Seit 2008 nimmt die Zahl der Beschäftigten in der Tourismusbranche kontinuierlich zu (ca. 1% p.a.) und erreichte im Herbst 2017 ca. 630'000 Personen. Zählt man auch die indirekt in der Branche Beschäftigten sind es mehr als doppelt so viele.

1.4.2 Handelsschifffahrt

Die griechische **Schifffahrtsindustrie**, verzeichnet jährlich Einnahmen von bis zu 15 Milliarden Dollar (ca. 6,5% des BIP) und gehört mit einem Weltmarktanteil von ca. 16% weltweit **zu den grössten**. Die griechische Flotte macht gemessen an der Tonnage etwa die Hälfte der EU-Flotte und einen Fünftel der globalen Tankerflotte aus und misst insgesamt 4'746 Schiffe. Die ca. 2'000 in Griechenland registrierten Schifffahrtsgesellschaften beschäftigen insgesamt ca. 90'000 Personen, während über 250'000 Arbeitsplätze direkt oder indirekt mit der Schifffahrt in Verbindung stehen.¹¹ Die seit den 1960er Jahren verfassungsrechtlich verankerten **Steuerprivilegien** der griechischen Reedereien sorgten im In- und Ausland immer wieder für Kritik, auch wenn viele andere Länder ebenfalls steuerliche Anreize für die Betreiber des Wirtschaftssektors kennen. Um ihren eigenen finanziellen Beitrag zur Ankurbelung der Wirtschaft zu leisten, zahlten die Reeder von 2013 bis 2017¹² freiwillig die doppelte Frachtsteuer (tonnage tax) auf Schiffen mit griechischer Flagge. Der Gesamtbetrag fällt mit ca. einer halben Milliarde Euro allerdings bescheiden aus. Seit 2013 werden auch die Schiffe unter ausländischer Flagge, die bis anhin von dieser Steuer befreit waren, zur Kasse gebeten.

1.4.3 Energie

Die Frage der Energieversorgung und der Ausgestaltung der griechischen und europäischen Energiepolitik hat in den letzten Jahren stetig an Bedeutung gewonnen. Durch die Ausschöpfung vorhandener Möglichkeiten sowie der günstigen geographischen Lage hegt Griechenland seit langem den Wunsch, sich als einen **regionalen Energiehub** zu etablieren und im Energiebereich Wachstumsimpulse freizusetzen und Arbeitsplätze zu generieren. Entwicklungen wie die vermuteten und teilweise erwiesenen Gas- und Erdölfunde in griechischen Gewässern¹³ haben diesen Überlegungen Auftrieb gegeben. Durch die Ausweitung der bereits existierenden LNG-Terminals (Flüssigerdgas) möchte Griechenland zudem seine Rolle bei der Gasverarbeitung weiter stärken.

Mit der Realisierung des grössten europäischen Elektrizitätsinfrastruktur-Projektes, der Strom-Unterseeleitung **EuroAsia Interconnector**, die israelische und zyprische Elektrizität befördern wird, erfährt Griechenland eine bedeutende Aufwertung. Der 1'520 km lange EuroAsia Interconnector zwischen Hadera (Israel), Kofinou (Zypern), Korakia (Kreta) und Attika wird einerseits die Energieisolation der Insel Kreta endgültig aufheben und andererseits den beteiligten Ländern nennenswerte wirtschaftliche, geopolitische und sozioökonomische Vorteile in Höhe von insgesamt etwa 10 Mrd. Euro beschern. Eine zentrale Rolle in der europäischen Energiepolitik spielt Griechenland auch im Rahmen der **Eastern Mediterranean Natural Gas Pipeline**, die ab 2025 via Kreta und den Peloponnes israelisches Erdgas nach Europa liefern und damit die Energiesicherheit und Diversifizierung in der Union fördern wird (siehe auch Kapitel 2). Im Frühling 2018 wurde im Europäischen Amtsblatt der Bauauftrag für die Realisierung der ersten Phase, welche Kreta mit Attika verbinden wird, öffentlich ausgeschrieben.

Gute Aussichten bestehen auch im Bereich der erneuerbaren Energien, wo **Investitionen in Milliardenhöhe insbesondere für den Bau von Wind- und Solarparkanlagen** erwartet werden.

⁹ Athen gewann 2018 drei internationale Auszeichnungen: die Europe's Leading City Break Destination, Europe's Leading Tourist Attraction (für Akropolis) und Europe's Leading City Tourist Board.

¹⁰ Der rasante Anstieg der Nachfrage wurde zu einem Grossteil mit Privatwohnungen gedeckt (ca. 50'000 Immobilien landesweit und 10'000 allein in Athen werden über Internetplattformen wie Airbnb angeboten), was die lokale Wirtschaft aufblühen liess. Der Regierung ist es derweil noch nicht gelungen, diese Einkünfte, die jährlich auf ca. 1 Milliarde Euro geschätzt werden, vollumfänglich zu erfassen und zu besteuern.

¹¹ Quelle: Union of Greek Shipowners.

¹² Ende Juni 2017 einigten sich Premierminister Tsipras und der griechische Reederverband, die Vereinbarung um ein Jahr bis 2018 zu verlängern.

¹³ Schätzungen zufolge könnte Griechenland langfristig bis ein Drittel des Erdöl- und Naturgasbedarfs selbst decken und in einem Zeitraum von ca. 30 Jahren Einnahmen von bis zu 20 Mrd. Euro generieren.

Ausschlaggebend dürfte nebst dem Abschluss der langjährigen Hilfsprogramme auch die Verabschiedung der notwendigen Gesetze im Energiesektor sein, die eine Harmonisierung mit den entsprechenden europäischen Richtlinien bewirkten (siehe auch Kapitel 4).

Für den Transport von Erdgas aus dem kaspischen Meer nach Europa ist die **Trans Adriatic Pipeline (TAP)** zu nennen, die auch für die Schweiz von Bedeutung ist (siehe auch Kapitel 2). Mit TAP und dem Bau von Anschlussprojekten in den Balkan erhofft sich die Regierung neue Möglichkeiten als Gastransitland.

Im Oktober 2016 wurden die Pläne für den **Bau der Erdgaspipeline Turkish-Stream** (Ersatzprojekt für South Stream¹⁴) und den Anschluss an die **Erdgaspipeline „Greek Stream“** (in Planung) wiederbelebt. Das Ziel ist es, ein Verteilzentrum an der griechisch-türkischen Grenze zu errichten und ab 2020 russisches Erdgas via das Schwarze Meer, die Türkei und Griechenland nach Europa zu transportieren. Bereits Anfang 2015 hatten sich in Moskau Tsipras und Putin für den Bau der Pipeline „Greek Stream“ geeinigt und wenige Monate später ein entsprechendes Kooperationsabkommen abgeschlossen.¹⁵ Mit der Unterzeichnung des russisch-türkischen Regierungsabkommens am 10. Oktober 2016 kommt Griechenland seinen langjährigen Ambitionen, ein wichtiger Energieknotenpunkt auf dem europäischen Kontinent zu werden, ein gutes Stück näher. Griechenland erhofft sich vom Bau der Pipeline auch nennenswerte Impulse für den griechischen Arbeitsmarkt und die ausländischen Investitionen.

Im April 2015 einigten sich die Energieminister von Griechenland und Bulgarien darauf, die Konstruktion der 184 km langen griechisch-bulgarischen Pipeline **IGB Gas Interconnector** zu beschleunigen und 2018 in Betrieb zu nehmen. Die IGB ist ein wesentlicher Bestandteil des **Vertical Gas Corridor (VGC)** und würde Griechenland mit Rumänien verbinden. Im Frühling 2014 wurden zudem Pläne zur Bildung der neuen Erdgasachse **Aegean-Baltic Corridor (ABC)** publik gemacht, welche ausgehend vom IGB den europäischen Kontinent bis zum Baltikum durchqueren und die nationalen Erdgastransportnetze Griechenlands, Bulgariens, Rumäniens, Polens, der Tschechischen Republik, der Slowakei und Ungarns miteinander verbinden könnte. Alle diese Pipelineprojekte werden von der EU aufgrund ihrer strategischen Bedeutung zur Verringerung der Abhängigkeit von russischen Gasimporten unterstützt. Es wird erwartet, dass die Pipeline 2020 - zwei Jahre später als ursprünglich geplant war - operationell sein wird.

1.4.4 Banken/Finanzmarktpolitik

Den Ausbruch der internationalen Finanzkrise im Jahre 2008 verkraftete das griechische Banksystem aufgrund genügender eigener Reserven zunächst relativ gut. Auch die negativen Auswirkungen der Zypernkrise im Jahr 2008 konnten ohne grössere Schwierigkeiten abgedeckt werden. Im Bankensektor kam es insbesondere in 2013 und 2014 zu einer **starken Konsolidierung** und Banken, welche die Kernkapital-Vorschriften nicht erfüllten, wurden vom Markt genommen bzw. von den vier **systemrelevanten Banken Piräus Bank, Alpha Bank, Eurobank und Ethniki Bank** übernommen.¹⁶ Via Rekapitalisierungsprogramm gelang es den systemischen Banken 10% der Kapitalerhöhung aus eigenen Kräften aufzutreiben. Nur Eurobank scheiterte und wurde infolge dessen unter Aufsicht des griechischen Stabilitätsfonds gestellt. Im Frühjahr 2014 gelang es Alpha Bank (1,2 Mrd. Euro), Piräus Bank (1,75 Mrd. Euro), National Bank (2,5 Mrd. Euro) und Eurobank (2,86 Mrd. Euro) das Eigenkapital zu erhöhen. Ende 2015 wurde ein weiteres Rekapitalisierungsverfahren rechtzeitig abgeschlossen. Während Alpha Bank und Eurobank ihren Rekapitalisierungsbedarf vollständig aus privaten Mitteln decken konnten, benötigten die Ethniki und die Piräus Bank Mittel vom Hellenic Financial Stability Fund (HFSF) in der Höhe von **5,4 Mrd. Euro** – Mittel, die der HFSF vom Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM erhielt. Die gesamten Kosten der Rekapitalisierung lagen damit deutlich unter dem im Rahmen des dritten Hilfsprogramms ursprünglich angenommen Betrags von 25 Mrd. Euro, was der staatlichen Verschuldung zugutekam.

¹⁴ 2008 unterzeichneten beide Staaten ein Abkommen über die Beteiligung Griechenlands am Bau der Erdgas-Pipeline „South Stream“ für die Lieferung von russischem Erdgas über Bulgarien, Griechenland und Italien resp. über Bulgarien und Serbien (Verzweigung) nach Europa. Im Dezember 2014 gab jedoch Russland die South-Stream-Pläne auf.

¹⁵ Aufgrund der Spannungen zwischen Russland und der Türkei nach dem Abschuss eines Kampfflajets durch die türkische Luftwaffe im Dezember 2015 war das Abkommen vorübergehend auf Eis gelegt worden.

¹⁶ Die systemischen Banken haben insgesamt 11 Banken übernommen und kontrollierten 91% der gesamten Kredite. Dies entspricht der höchsten Konzentration unter den europäischen Grossbanken.

Sowohl **2014 als auch 2018**¹⁷ attestierte die EZB bei den europaweit durchgeführten **Stresstest für Finanzinstitute** den vier systemischen Banken Griechenlands genügende Kapitalpolster und damit ausreichende Krisenfestigkeit.

Nach wie vor stellen die **NPLs** (Non Performing Loans) ein grosses Problem für die Banken dar. Zur Reduzierung der **NPLs** und deren Tilgung aus den Büchern der Bankinstitute einigte sich die Regierung mit den Gläubigern im Rahmen der ersten Überprüfung darauf, die NPLs von insgesamt 16 griechischen „bad banks“ im Wert von 9 Mrd. Euro privaten Firmen zu überlassen. Davon ausgenommen waren bis Anfang 2018 Residenzen bis 140'000 Euro, die als Erstwohnsitz genutzt und bis dahin vor einer Veräusserung an Fonds geschützt wurden.¹⁸ Ende 2017 machten die NPLs etwas mehr als **43,1% aller Kredite oder 95,7 Mrd. Euro** aus (EU-Durchschnitt in Q2/17: 4,6%). Im Rahmen des zentralen europäischen Bankenaufsichtsmechanismus' (Single Supervisory Mechanism SSM) müssen die vier systemrelevanten Banken bis Ende 2019 die NPLs auf knapp 67 Mrd. Euro reduzieren.

Nachdem die Europäische Zentralbank (EZB) den griechischen Geldhäusern von Januar 2015 bis Juni 2016 den Zugang zu EZB-Krediten verweigerte, konnten diese nur noch dank **ELA-Notkrediten** operieren. Im Juni 2016 entschied sich schliesslich die EZB, den griechischen Banken wieder Zugang zu normalen Krediten zu gewähren und die Ausnahmeregelung, der sogenannte „Waiver“, wieder bis August 2018 in Kraft zu setzen.¹⁹ Damit erhielten die griechischen Banken wieder die Möglichkeit, sich günstiger über die EZB zu finanzieren. Die **ELA-Notfallkredite** (Emergency Liquidity Assistance), welche die griechischen Kreditinstitute bei der nationalen Zentralbank beantragt hatten, sind zwischenzeitlich auf 10,9 Mrd. Euro gefallen (2012: ca. 100 Mrd. Euro).

Nach dem massiven Abzug der Bankeinlagen, der sich 2014 bis 2016 auf über 50 Mrd. Euro bezifferte und die gesamten Einlagen auf griechischen Banken Anfang 2017 bei ca. 120 Mrd. Euro belies, kehren die Anleger sukzessive wieder zu den Banken zurück. Die Gesamteinlagen betragen zurzeit knapp 130 Mrd. Euro.

2 Internationale und regionale Wirtschaftsabkommen

2.1 Politik, Prioritäten des Landes

Die **EU** ist Griechenlands **prioritärer politischer und wirtschaftlicher Handlungsrahmen**. Erweiterungs- und Aussenhandelspolitik, einschliesslich des Abschlusses von FTA, sind EU-Kompetenz. Als kleinem EU-Mitglied bleibt Griechenland nur ein begrenzter aussenwirtschaftspolitischer Spielraum. Der überwiegende Anteil der griechischen Aussenwirtschaft ist damit EU-Binnenwirtschaft und wird durch EU-Recht, nicht durch internationale Verträge geregelt.

Nebst den **Vereinbarungen mit der Troika zur Überwindung der Finanz- und Schuldenkrise** (siehe Kap. 1.3.) sind folgende Abkommen (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) von Bedeutung:

- **Eastern Mediterranean Natural Gas Pipeline:** Im April 2017 unterzeichneten Griechenland, Italien, Israel und Zypern in Tel Aviv, in Anwesenheit von EU-Kommissar Miguel Arias Canete, eine gemeinsame Erklärung zur Förderung der ca. 2'000 km langen Erdgaspipeline Eastern Mediterranean Natural Gas Pipeline „East Med“, welche Erdgas aus Israel und Zypern nach Griechenland (via Kreta und den Peloponnes) und Italien liefern wird. Das Projekt, dessen Kosten sich auf 6 Mrd. Euro belaufen und die Unterstützung der Europäischen Kommission genießt, soll bis 2025 fertiggestellt werden.
- **EuroAsia Interconnector:** Anlässlich des trilateralen Treffens in Nicosia im Januar 2016 und später auch im Dezember 2016 in Jerusalem bekräftigten die Staatschefs von Griechenland, Israel und Zypern ihre Absichten, die Strom-Unterseeleitung EuroAsia zu unterstützen und fristgerecht fertigzustellen. Im Februar 2017 sprach die Europäische Kommission dem Projekt, das Israel, Zypern und Griechenland verbinden wird, ihre volle Unterstützung aus und hiess für die Erstellung von detaillierten Endstudien einen Subventionsbetrag in Höhe von 14,5 Mio. Euro gut. Beim EuroAsia Interconnector handelt es sich um das **grösste europäische Elektrizitätsinfrastruktur-Projekt** (1'520 km) von gemeinsamem Interesse (PCI) mit einer Endkapazität von 2'000 MW. Die

¹⁷ Der Test der vier griechischen Banken wurde vorgezogen, um rechtzeitig vor dem Ablauf der Hilfsprogramme Klarheit über deren finanzielle Lage zu erhalten. Die Ergebnisse der anderen 33 Institute im Euro-Raum sollen Anfang November publiziert werden.

¹⁸ Dies entspricht ca. 94% aller Erstwohnsitze in Griechenland.

¹⁹ Die Ausnahmeregelung „Waiver“ gestattet der EZB, griechische Staatsanleihen zu akzeptieren, obwohl diese nicht über das notwendige Mindestrating von BBB- verfügen.

Bauarbeiten sollen bis 2022 die Energieisolation Zyperns²⁰ und der Insel Kreta beenden. Die produzierte Elektrizität wird von israelischen und zyprischen Gasreserven stammen.

- **Erdgas-Pipeline Projekt TAP:** Am 2.12.2013 verabschiedete das griechische Parlament das im Juni unterzeichnete Host Government Agreement (HGA) mit Trans Adriatic Pipeline (Sitz in Baar). Das Abkommen legte den Rahmen für die Realisierung des Projektes fest, welches ab 2020 Erdgas von Aserbaidschan nach Europa auf einer Strecke von 550 km über griechisches Territorium führen soll. TAP gehört zu den grössten ausländischen Direktinvestitionen in Griechenland und wird mit einem Investitionsvolumen von 1,5 Mrd. Euro während der Konstruktionsphase 2'000 direkte und 10'000 indirekte Arbeitsplätze schaffen. An TAP ist nebst BP (20%), SOCAR (20%), Statoil (20%), Fluxys (19%) und Enagas (16%) auch die **schweizerische Axpo** mit 5% beteiligt. Der Beginn der Bauarbeiten zur 878 km langen Pipeline wurde in Anwesenheit des griechischen Premierministers und zahlreichen hohen ausländischen Amtsträgern, worunter auch der damalige BFE Direktor Walter Steinmann, am 17. Mai 2016 in Thessaloniki gefeiert. Die Konstruktion der Pipeline in Griechenland, an der mehr als 3'000 Personen beteiligt sind, schreitet plangemäss voran. Ende Juni 2018 war das Projekt zu über 76% vollendet.
- **China:** Im Juni 2014 unterzeichneten Griechenland und China Kooperationsabkommen im Schifffahrtbereich (Finanzierung griechischer KMU mit Sitz in China seitens der chinesischen Entwicklungsbank, MoU für die maritime Zusammenarbeit der State Oceanic Administration (SOA) und der griechischen Regierung, etc.). Bereits im Mai 2013 hatten beide Länder zahlreiche Abkommen und Vereinbarungen, u.a. mit der Chinesischen Entwicklungsbank zur Förderung des griechischen Privatisierungsprogramms unterzeichnet. Die Chinesen beabsichtigen ferner eine Zusammenarbeit mit der Investitionsförderungsagentur „Enterprise Greece“ in den Bereichen Tourismus, Immobilien, Telekommunikation, Transport, Energie und Investitionsfinanzierung. Ein weiteres Kooperationsprotokoll besteht mit der Firma Huawei zur Bildung eines Logistik- sowie Forschungs- und Innovationszentrums in Griechenland. Das chinesische Unternehmen **COSCO**, das seit 2010 den Handelshafen von Piräus erfolgreich betreibt und seither den Containerumschlag von Piräus mehr als vervierfacht hat (weltweit Platz 38), nahm im Februar 2018 seinen dritten 20'000-TEU-Container-Liegeplatz in Betrieb. Am Rande des Forums für internationale Zusammenarbeit in Peking Mitte Mai 2017 einigten sich Athen und Peking auf einen dreijährigen Aktionsplan, der im Rahmen der „Neuen Seidenstrassen“-Initiative „One Belt, one Road“ realisiert wird und Griechenland Investitionen in Millionenhöhe in den Bereichen Transport, Energie und Telekommunikation bescheren soll.
- **Russland:** Im April 2015 einigten sich Athen und Moskau, die Erdgaspipeline **Turkish-Stream** zu verlängern und über Griechenland („Greek-Stream“) zu verlegen. Das Kooperationsabkommen dazu wurde im Herbst 2016 unterzeichnet. Gemäss anfänglichen Schätzungen wird die Pipeline Griechenland jährliche Transitgebühren in Höhe von 100-150 Mio. Euro einbringen. Ebenfalls von geopolitischer Bedeutung ist das russische Interesse an der staatlichen Erdgasgesellschaft DEPA und an griechischen Energiequellen. Grosses Interesse besteht auch im Tourismus- und Immobiliensektor.
- **Türkei:** Im Rahmen des griechisch-türkischen Kooperationsrates, der Mitte Mai 2010 ins Leben gerufen und seither viermal ausgetragen wurde, unterzeichneten beide Staaten zahlreiche **Abkommen, Memoranden und Kooperationsprotokolle** in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Militär, Energie, Tourismus, Justiz, Kultur, Gesundheit, Migration, Schifffahrt, Landwirtschaft und Sport.
- **Black Sea Economic Cooperation (BSEC)**²¹: Griechenland ist Gründungsmitglied der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit am Schwarzen Meer. Die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder²² liegt bei der Black Sea Trade and Development Bank (BSTDB) in Thessaloniki.

Abkommen mit der Schweiz:

²⁰ Zypern ist das einzige EU-Land ohne internationale Elektrizitäts- und Gasanbindung.

²¹ <http://www.bsec-organization.org/Pages/homepage.aspx>

²² Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Bulgarien, Georgien, Griechenland, Moldawien, Rumänien, Russland, Türkei, Ukraine.

- Grundpfeiler der Beziehungen zwischen der Schweiz und Griechenland bilden das mit der EU abgeschlossene **Freihandelsabkommen** von 1972 sowie die Abkommen im Rahmen der **Bilateralen Verträge I und II**.
- **Doppelbesteuerungsabkommen (DBA)**: Im November 2010 wurde das revidierte DBA unterzeichnet, welches Bestimmungen über den Informationsaustausch gemäss dem OECD-Standard enthält. Am 9.1.2013 verabschiedete das griechische Parlament den Zusatz zum Änderungsprotokoll vom 4.11.2010 zum DBA zwischen der Schweiz und Griechenland. Die Bestimmungen des Änderungsprotokolls kamen rückwirkend ab dem 1.1.2012 zur Anwendung. Nebst der OECD-Amtshilfe Klausel haben die beiden Länder unter anderem vereinbart, dass Dividendenzahlungen an Vorsorgeeinrichtungen oder an Gemeinwesen künftig von der Quellensteuer befreit werden.
- **Energie**: Die Absichtserklärung (MoU) von März 2012 sieht eine engere Zusammenarbeit zwischen den Energieministerien beider Länder vor. Im Vordergrund stehen dabei Energieproduktion, Energieeffizienz, Versorgungssicherheit sowie TAP.
- **Kulturgüterzusammenarbeit**: Am 15. Mai 2007 unterschrieben die Schweiz und Griechenland die Vereinbarung über die Einfuhr, die Durchfuhr und die Rückfuhr von Kulturgut, die seit 13.4.2011 in Kraft ist.
- **Steuergespräche**: Im Frühling 2015 führten Griechenland und die Schweiz auf Ministerebene wiederholt Gespräche über offene Steuerfragen und die Vorbereitung des automatischen Informationsaustausches (AIA). Mit der Bereitschaft der Schweiz, den Automatischen Informationsaustausch in Steuerfragen als globalen Standard ab 2017/2018 zu übernehmen, änderte sich der Charakter der Gespräche gegenüber vor ein paar Jahren grundlegend. Im Dezember 2016 verabschiedete das griechische Parlament ein freiwilliges Offenlegungsprogramm, das bis Ende September 2017 die Möglichkeit bot, nicht deklarierte Vermögenswerte im In- und Ausland zur regulieren aber auch „fehlerhafte“ Steuererklärungen zu berichtigen. Ende Juni 2017 erklärte der höchste griechische Gerichtshof die Praxis des Parlaments, wonach die gesetzliche fünfjährige Verjährungsfrist bei Steuerdelikten jeweils Ende Jahr automatisch um ein weiteres Jahr verlängert wurde, für verfassungswidrig. Seither ist es möglich, aufgrund „neuer belastender Beweise“ die Verjährungsfrist auf max. 10 Jahre zu verlängern.

Aussichten für die Schweiz (Diskriminierungspotential)

Gestützt auf die geltenden Abkommen zwischen der Schweiz und Griechenland sind dieser Vertretung in den letzten Jahren keine Fälle bekannt, wo Schweizer Investoren oder Exporteure offen diskriminiert wurden.

3 Aussenhandel

3.1 Entwicklungen und allgemeine Aussichten

3.1.1 Warenhandel

Der griechische Aussenhandel ist trotz des krisenbedingten starken Rückgangs der Importe nach wie vor von einem **strukturellen Handelsbilanzdefizit** gekennzeichnet. Trotz des **Rekordanstiegs bei den Exporten** in 2017 von über 13% auf 28,5 Mrd. Euro – was nicht zuletzt auf tiefere Lohnkosten und die damit einhergehende gestiegene Wettbewerbsfähigkeit zurückzuführen ist – erhöhte sich das Handelsbilanzdefizit aufgrund der grossen Zunahme der Importe um knapp 14% auf ca. 50 Mrd. Euro. Das Handelsbilanzdefizit wuchs um knapp 3 Mrd. Euro auf 20,5 Mrd. Euro (2008: 44 Mrd. Euro).

Obwohl sich die griechischen Exporte seit 2009 verdoppelt haben, bleibt das Import-Export-Verhältnis weiterhin ungünstig. Griechenland hat immer noch **eine der tiefsten Exportquoten in der EU**. Viele griechische Firmen sind nicht in der Lage, ihre Produkte an die Gegebenheiten der internationalen Märkte anzupassen, sind oft zu wenig wettbewerbsfähig oder bekannt, oder zu klein, um ihre Produkte im Ausland zu vermarkten. Auch wirken sich das **Fehlen einer nationalen Exportstrategie** und **bürokratische Hindernisse** hemmend aus. Die wichtigsten Abnehmerländer sind Italien (10,7%), Deutschland (7,1%), Zypern (6,1%), die Türkei (6,9%) und Bulgarien (4,7%). 42% der griechischen Exporte entfielen auf industriell gefertigte Produkte, ein Drittel auf Brennstoffe und knapp ein Fünftel auf landwirtschaftliche Produkte. Demgegenüber importierte Griechenland hauptsächlich Güter aus Deutschland (10,3%), Italien (7,6%), Russland (7%), Südkorea (6,5%), dem Irak (6,4%) und China (5,5%). Fast 60% aller Einfuhren sind industriell gefertigte Produkte, wovon 22%

Maschinen/Transportmittel, 15% chemische Produkte. Ein Viertel aller Importe sind Brennstoffe, gut 13% landwirtschaftliche Produkte wie Lebensmittel und lebendes Vieh und 2,5% Rohstoffe.

Aufgrund der 2008 begonnen und anhaltenden grossen **Auswanderungswelle** meist junger, gut ausgebildeter Griechen - bis 2016 waren es bereits eine halbe Million - werden die Akademiker als das führende griechische „Exportgut“ in den Krisen Jahren bezeichnet.

3.1.2 Dienstleistungshandel

Dank hoher Einnahmen aus dem Tourismus und den See- und Flugtransporten fällt die **Dienstleistungsbilanz traditionell positiv** aus. Transport- und Tourismuseinnahmen steuerten am meisten zum **Überschuss** bei, der um gut 2 Mrd. Euro auf **17,4 Mrd. Euro** anstieg. Zur Verbesserung der Haushaltslage trugen auch die in Folge des Schuldenschnitts (PSI) in 2012 verminderten **Zinszahlungen** bei, die 2008 noch bei 16 Mrd. Euro lagen. 2017 zahlte Griechenland noch 6,4 Mrd. Euro Zinsen.²³

3.2 Bilateral Handel

3.2.1 Warenhandel

Im Warenhandel weist die Schweiz mit Griechenland traditionell einen **Handelsbilanzüberschuss** auf. Dieser betrug im Jahr 2017 gemäss schweizerischer Zollstatistik **617 Mio. CHF** und blieb damit gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert.

Die schweizerischen **Exporte** unterbrachen 2017 den rückläufigen Verlauf der letzten acht Jahre und stiegen um 0,6% auf 781 Mio. CHF. Zu den Hauptexporterzeugnissen der Schweiz zählen unverändert pharmazeutische Erzeugnisse (65%), Uhrenmacherware (10,8%) aber auch Maschinen (4,1%), und landwirtschaftliche Produkte (3,5%). Gemäss griechischen Statistiken belegt die Schweiz mit einem Anteil von 1% unverändert den **23. Platz** bei den **griechischen Importen**.

2017 stiegen die **Importe** aus Griechenland um gut 2% auf über **164 Mio. CHF**. Mehr als ein Drittel davon waren landwirtschaftliche Produkte, 14,7% Textilien und Bekleidung, 10,1% unedle Metalle und 9,6% pharmazeutische Erzeugnisse. Einen starken Rückgang weisen in den letzten Jahren die chemischen Erzeugnisse auf, deren Anteil von 27% in 2010 auf unter 2% zurückfiel. 2017 haben ausserdem vermehrt Kunstgegenstände und Antiquitäten Abnehmer in der Schweiz gefunden. Der Import dieser Güter stieg von 1,5 Mio. CHF im 2015 auf knapp 7 Mio. CHF im 2017 an. Die **griechischen Exporte** in die Schweiz blieben mit einem Anteil von 0,5% auf Rang **39**.

In den ersten sechs Monaten des Jahres 2018 fielen die kumulierten Schweizer Exporte nach Griechenland um 4,8% auf 441 Mio. CHF, während die kumulierten Importe aus Griechenland einen nennenswerten Anstieg um 13% auf 96 Mio. CHF verzeichneten.

3.2.2 Dienstleistungshandel

Was den **Handel im Dienstleistungsbereich** betrifft, verbrachten 2017 knapp **450'000 Schweizer Touristen** (+2,5% gegenüber Vorjahr) ihren Urlaub in Griechenland und leisteten damit einen nennenswerten Beitrag an den griechischen Dienstleistungsexport. 2017 besuchten knapp **38'000** (-1,7%) **griechische Touristen** die Schweiz. Im Rekordjahr 2009 waren es über 51'000²⁴. Für viele Griechen ist die hochpreisige Schweiz derzeit kaum mehr erschwinglich.

4 Direktinvestitionen

4.1 Entwicklung und allgemeine Aussichten

Allgemein:

Die sich hinziehenden Verhandlungen mit den internationalen Gläubigern verunsicherten viele in- und ausländische Investoren und liessen sie auch 2016 in eine Warteposition verharren. 2017 schliesslich

²³ Quellen: Griechische Zentralbank, Haushaltsbüro des griechischen Parlaments.

²⁴ Quelle: Bundesamt für Statistik.

verzeichnete der ausländische Investitionsfluss mit einer Erhöhung von über 31% gegenüber dem Vorjahr und **Gesamtinvestitionen von über 4 Milliarden Dollar** den höchsten Wert seit 2008. Dementsprechend erhöhte sich Ende 2017 auch der **FDI-Gesamtbestand** von gut 25 Mrd. Dollar auf 32,4 Mrd. Dollar und erreichte einen Anteil am BIP von 17,3% (2016: 14,1%).²⁵ Ausschlaggebend dafür war die Verpachtung der 14 Regionalflughäfen an die deutsche Fraport und die Akquisition von 67% der Anteile an der Betreibergesellschaft des Hafens von Piräus durch die chinesische Cosco. In der Berichtsperiode erfolgten insgesamt 17 Unternehmensfusionen und Käufe (M&A) griechischer Firmen durch ausländische Investoren in Höhe von über 2 Mrd. Dollar.

Über 80% des gesamten Investitionsbestandes stammen aus Europa, wobei die Niederlande, Luxemburg und Deutschland mit Abstand und mit je einem Viertel die ersten drei Plätze belegen. Ca. 9% kommen aus Frankreich und 6,8% aus der Schweiz.

Die strukturellen Reformen in Griechenland, die von internationalen Gläubigern unterstützt werden, haben erst in Ansätzen zu einem freundlicheren Investitionsklima geführt. Die Gründe für die noch ungenügende Attraktivität liegen in folgenden Bereichen: Rezession und raues Wirtschaftsklima, fehlende Planungssicherheit aufgrund häufig ändernder Steuerregimes und unbeständiger gesetzlicher Bestimmungen, schleppende Rechtsprechung, bürokratische Hürden, Korruption und Intransparenz sowie stark fragmentierte Märkte. Griechenland ist in den letzten Jahren aktiv darum bemüht, Investoren insbesondere aus China zu gewinnen. Die wiederholten Chinareisen griechischer Premierminister in den vergangenen Jahren und das Investitionsgesetz von 2013, das unter anderem Fast Track Prozeduren und **erleichterte Visa-Bestimmungen für Investoren aus Drittstaaten** vorsieht, zeugen davon. Im Juni 2016 wurde schliesslich ein weiteres **Entwicklungs- und Investitionsförderungsgesetz**²⁶ verabschiedet, das einerseits neue Investitionsanreize für KMUs schuf und andererseits grossen Investoren durch die Gewährung eines stabilen Steuerregimes mehr Planungssicherheit brachte.

Direktinvestitionen von griechischen Firmen im Ausland

Der griechische Investitionsbestand im Ausland sind seit 2011 rückläufig und fielen in der Berichtsperiode um 4,2 Mrd. auf **18 Mrd. Euro** (-19%) zurück. Die Investitionen gingen vornehmlich nach Zypern (23,5%), Rumänien (13%) und in die USA (12,9%) und zwar in die Bereiche **Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Handel, verarbeitende Industrie, Information und Kommunikation**. Aufgrund der günstigen geographischen Lage und der tiefen Produktionskosten stellen die **Balkanländer** seit Mitte der 90er Jahre einen attraktiven Produktionsstandort und Absatzmarkt dar. Auch für die griechischen Banken war die Region bis 2008 ein lukrativer Investitionsstandort.²⁷ Seit Ausbruch der Krise befinden sich jedoch viele Grossunternehmen auf dem Rückzug. Neuer Beliebtheit erfreut sich die Balkanregion bei den KMUs (z.B. Transportfirmen), die wegen den hohen Steuern, des unbeständigen Steuerregimes und den Kapitalverkehrskontrollen in Griechenland ihre Geschäftsaktivitäten teilweise ins nahe Ausland verlagern.

Privatisierungen:

Zu den Verpflichtungen Griechenlands gegenüber den internationalen Gläubigern gehört auch die **Privatisierung von Staatsbetrieben**. Das Ziel ist es, bis Ende **2018 2,74 Mrd. Euro** und bis **2060 17 Mrd. Euro** zu generieren. Nach der Gründung des neuen unabhängigen Hyper-Privatisierungsfonds **Hellenic Corporation of Assets & Participations SA** (HCAP) in 2016 wurde Anfang 2017 die Vermögensverwaltung Griechenlands auf diesen übertragen. Der HCAP steht unter der Aufsicht der europäischen Institutionen und hat insgesamt vier Tochtergesellschaften, wovon eine der ehemalige Privatisierungsfonds TAIPED ist. Ein Teil der Privatisierungserlöse wird für die Tilgung der Staatsschulden verwendet.

Seit 2016 konnten mehrere Privatisierungsprojekte realisiert werden (wie z.B. Abtretung der Konzessionsrechte an die deutsche Fraport für 14 Regionalflughäfen, Verkauf von 67% der Betreibergesellschaft des Hafens von Piräus an Cosco, Verkauf von 67% der Betreibergesellschaft des Hafens von Thessaloniki an das deutsch-französische Konsortium Deutsche Invest Equity Partners GmbH - Terminal Link SAS - Belterra Investments²⁸, Veräusserung der Eisenbahnbetriebsgesellschaft

²⁵ Quelle: UNCTAD.

²⁶ Das achte Entwicklungsgesetz seit 1982 und der Tradition folgend, wonach jede Regierung ihre eigene Entwicklungsstrategie fördert.

²⁷ 2013 hatten die griechischen Banken einen Marktanteil von 32%.

²⁸ Die neuen Betreibergesellschaften der beiden griechischen Häfen haben sich für die nächsten 10 Jahre zu Investitionen in Höhe von über einer halben Milliarde Euro verpflichtet. Gemäss dem griechischen Think Tank IOBE

TRAIÑOSE²⁹ an Trenitalia, Verkauf von 24% des unabhängigen Stromnetzbetreibers ADMIE an die chinesische State Grid International Development, Verkauf von 66% der Anteile des Gasnetzbetreibers DESFA an das europäische Konsortium Snam, Enagas, Fluxys³⁰, Verkauf der Hotelanlage Astir Palas an Apollo Investments, Verkauf der Organisation für die Durchführung von Pferderennen ODIE an die griechische Wettspielgesellschaft OPAP, Verkauf von weiteren 5% der ehemals staatlichen Telecom OTE an die Deutsche Telecom, die nun 45% hält, etc.). Über die optimale Nutzung der verbliebenen Staatsanteile an der Elektrizitätsgesellschaft PPC (17%), Erdgasgesellschaft DEPA (65%), Erdölgesellschaft ELPE (35%)³¹, Wasserwerke von Thessaloniki EYATH (23%), Athener Wasserwerke EYDAP (11%), am Internationalen Flughafen von Athen AIA (30%), OTE (5%) und die Abtretung der Nutzungsrechte an der Egnatia Odos (Autobahnstrecke Igoumenitsa-Kipi) und des submarinen Erdgaslagers in Kavala wird noch beraten.

Infrastruktur- Energieprojekte:

Die Arbeiten zur Fertigstellung vier grosser **Autobahnprojekte**³² kommen nach einem mehrmonatigen Stillstand 2015³³ gut voran. Im Frühling 2017 konnte unter anderem die Strecke Korinth-Patras und die 25 Kilometer lange Umfahrung des Tempi-Tals (Strecke Athen-Thessaloniki) fertiggestellt werden. Zur Realisierung dieser Infrastrukturprojekte erhielt Griechenland EU-Subventionen und die Europäische Investitionsbank hatte einen Kredit in Höhe von 650 Mio. Euro gutgeheissen.

Investitionsanreize gab es in den vergangenen Jahren auch im Bereich der **erneuerbaren Energieressourcen**, insbesondere im Zusammenhang mit innovativen **Photovoltaik-Systemen**, wovon zahlreiche Unternehmen profitierten.³⁴ 2012 versetzte die Einführung der rückwirkenden „Solidaritätssteuer“ auf den Bruttoertrag von bis zu 30% dem Photovoltaikmarkt einen herben Schlag und brachte viele kleine Anlagen zum Stillstand. Wegen Verzögerungen in der Verabschiedung notwendiger gesetzlicher Rahmenbedingungen (was auf Kosten mittlerer und grosser Photovoltaik-Anlagen ging) und der Einführung der Kapitalverkehrskontrollen (was vornehmlich die kleinen Marktteilnehmer traf) fanden in den vergangenen drei Jahren kaum Investitionen im griechischen Photovoltaikmarkt statt und die jährlichen Neuinstallationen fielen auf das Niveau von 2007 zurück. Mit der Verabschiedung des Gesetzes 4414/2016 im August 2016 wurden schliesslich die erforderlichen Rahmenbedingungen zur Förderung und Neubelebung des Photovoltaikmarktes mittels eines preisorientierten Fördermodells (Einführung eines Feed-in-premium-Systems entsprechend den europäischen Richtlinien) geschaffen. Aufgrund der neuen Gegebenheiten gab die Elektrizitätsgesellschaft PPC im Juli 2017 bekannt, 2011 und 2012 auf Eis gelegte Grossprojekte in ganz Griechenland im Wert von ca. 420 Mio. Euro (600 MW) wieder fördern zu wollen. Im Berichtsjahr betrug die installierte **Photovoltaik-Leistung 2'611 MW**.

werden diese Investitionen die lokale Wirtschaft ankurbeln und Arbeitsstellen schaffen und dadurch jährlich einen Beitrag am Bruttoinlandprodukt von bis zu 5,6 Mrd. Euro leisten.

²⁹ Die italienische FS-Tochter Trenitalia reichte Anfang Juli 2016 als einzige Interessentin eine verbindliche Offerte in Höhe von 45 Mio. Euro für den 100%igen Erwerb von TRAIÑOSE ein. Am 14.7. hiess schliesslich die TAIPED die Übernahme gut. Die parallel dazu laufende Privatisierung von ROSCO, der Wartungsgesellschaft der griechischen Bahnen, scheiterte jedoch, da kein einziger Kandidat ein Angebot für dieses Unternehmen einreichte. Ein neues Ausschreibungsverfahren soll noch bis Ende Jahr eröffnet werden. Die Muttergesellschaft OSE, die im Besitz der Bahninfrastruktur ist, bleibt vorerst staatlich.

³⁰ Zum Schutz der Energieversorgungssicherheit Griechenlands und der EU kamen in diesem zweiten Veräusserungsversuch nur europäische Betreiber als potentielle Käufer in Frage. Es sei daran erinnert, dass Ende 2013 die aserbaidische SOCAR für 400 Mio. Euro den Zuschlag für den Teilerwerb von DESFA erhalten hatte, sie drei Jahre später das Geschäft jedoch platzen liess, nachdem die EU-Kommission im November 2014 eine Fusionskontrolle eingeleitet und in der Folge die Reduktion der zu erwerbenden DESFA-Anteile auf 49% in Aussicht gestellt hatte. Parallel dazu hatte der damalige Energieminister Panos Skourletis bekannt gegeben, die Vertriebspreise für Erdgas senken zu wollen, was die Profitabilität des Geschäfts ernsthaft in Frage stellte.

³¹ Glencor und die Vitol Holding B.V. haben die Schlussrunde in der öffentlichen Ausschreibung erreicht.

³² Ionia Odos (Westgriechenland), Olympia Odos (Korinth-Patras), E-65 (Zentralgriechenland) und Autobahn Athen-Thessaloniki.

³³ Aufgrund der Verzögerungen in den Verhandlungen im Frühling 2015 blieben für mehrere Monate die Hilfszahlungen der internationalen Gläubiger an Griechenland aus, was die meisten Infrastrukturprojekte vorübergehend zum Stillstand brachte.

³⁴ Zu den Unternehmen zählen die spanische Endesa, die in Zusammenarbeit mit der griechischen Mytilineos Group tätig ist, Iberdrola, in Zusammenarbeit mit der griechischen Rokas, Acciona und Gamesa. Weiter sind die französische EDF und Veolia, die italienische Enel und die deutsche WPD und WRE, Babcon und Brown aus Australien, die griechische PPC und Next Solar aus den USA. Quelle: Invest in Greece Agency.

Grosses in- und ausländisches Interesse gibt es auch auf dem Gebiet der **Windenergie**, wo in den nächsten drei Jahren zahlreiche Firmen wie ELTEX ANEMOS, PROTERGIA, PPC, IBERDROLA ROKAS, EREN, ENEL und RF ENERGY ca. **1,5 Mrd. Euro** für den Bau von Windparksanlagen investieren wollen. Die italienische ENEL begann im Juni 2017 bereits mit den Bauarbeiten für eine 300 Millionen-Windparkanlage im Südosten der Insel Euböa, die 2019 in Betrieb gehen wird. Zurzeit stammen gut **18% der gesamten Stromproduktion in Griechenland von erneuerbaren Energiequellen** insbesondere in Form von **Wind- und Solarenergie**³⁵. Mit einem Anteil von ca. 10%, liegt dabei die Produktion von Windkraft über dem europäischen Durchschnitt. Ausserdem: Die kleine Ägäis-Insel Tilos deckt seit Herbst 2017 ihren Energiebedarf vollständig mit Wind- und Solarstrom und ist damit die ersten „grüne“ Insel im Mittelmeer.

Die Regierung fördert die Exploration und Nutzung der **Öl- und Gasvorkommen**, in West- und Südgriechenland. Seit ihrer Gründung im Jahre 2015 hat die Hellenic Hydrocarbons Resources Management HHRM die Verwaltung³⁶ der Kohlewasserstoff-Vorkommen des Landes übernommen. 2013 wurden seismische Untersuchungen des Meeresbodens abgeschlossen und 2015 die Forschung und Nutzung der Öl- und Gasvorkommen in 3 Regionen auf dem Festland (Westgriechenland) und weiteren 20 maritimen Regionen (Ionisches Meer und Region südlich von Kreta) international ausgeschrieben. Drei Konsortien griechischer, britischer, italienischer, kanadischer und osteuropäischer Firmen führen seither Probebohrungen durch.³⁷ Das griechische Energieministerium rechnet für die nächsten 30 Jahre mit Einnahmen für den Staat aus Öl- und Gasvorkommen in Höhe von bis zu 20 Mrd. Euro.

4.2 Bilaterale Investitionen

Der **Kapitalbestand der schweizerischen Direktinvestitionen** in Griechenland fiel Ende 2016 im Vergleich zum Vorjahr um 17,6% auf knapp 1,7 Mrd. Euro zurück, nachdem er bereits in 2014 um ca. 60% eingebrochen war. Das Jahr 2013 war mit 5,1 Mrd. Euro Investitionen ein Rekordjahr.³⁸

Gemäss griechischer Zentralbank war die Schweiz Ende 2016 mit einem Anteil von 6,6% an den gesamten Fremdinvestitionen in Griechenland nach wie vor der **5. grösste ausländische Investor**. In Griechenland sind ca. **60 Schweizer Unternehmen** wie z.B. die Adecco, ABB, Alpiq, Clariant, Franke, Landis+Gyr, Nestlé, Novartis, Roche, Schindler, SGS, Swatch, Syngenta und Trans Adriatic Pipeline niedergelassen. Nach mehrjähriger Präsenz folgte Crédit Suisse dem Beispiel der UBS und zog sich 2016 aus Griechenland zurück. 2016 beschäftigten die Schweizer Unternehmen insgesamt **6'570** Personen. Vor Ausbruch der Krise im Jahr 2008 waren es noch über 11'000.

Schweizer Firmen in Griechenland müssen wie andere in- und ausländische Wettbewerber mit hohen bürokratischen Hürden, einem korruptionsanfälligen Umfeld und mitunter grossen Zahlungsverzögerungen rechnen. Der persönliche Kontakt bleibt im griechischen Geschäftsverkehr weiterhin sehr wichtig. 2013 organisierte die Vertretung für den zuständigen Bereichsleiter von **Switzerland Global Enterprise SGE** (vormals OSEC) eine Reihe von Gesprächen mit lokalen und ausländischen Wirtschaftsvertretern zu Fragen bezüglich Investitionsklima und wirtschaftlichen Perspektiven. Von besonderem Interesse waren die Treffen mit der Investitionsförderungsagentur „Enterprise Greece“ und dem Exportförderungsverband „Panhellenic Exporters Association“ (PSE). Obwohl beide Organisationen ein grosses Interesse zeigten, mit SGE zu kooperieren, und den Wunsch äusserten, eine Delegation in die Schweiz zu entsenden, blieb es bis heute bei den geäusserten Absichten.

Zu den einzelnen Investitionen:

Nestlé Hellas investierte 2018 rund **8,5 Mio. Euro** in die technologische Aufrüstung seiner Kaffee-Produktionsanlage im attischen Industriegebiet Inofyta (Boeotia). Der schweizerische Lebensmittelkonzern, der seine Produktion in Griechenland erstmals im Jahre 1973 aufnahm, ist ein

³⁵ Wind ca. 10%, Solar 7%, Hydro 1,3% und Biomasse 0,4%

³⁶ Verwaltung der im Rahmen der Explorationen gewonnenen Daten (Seismic data library), Information über das Lizenzverfahren, Steuer- und Rechtsberatung.

³⁷ Bei den Unternehmen handelt es sich um Energean Oil, Trajan Oil & Gas und ELPE-Edison-Petroceltic.

³⁸ Gemäss der Schweizerischen Nationalbank war diese Entwicklung auf Investitionen von Finanz- und Holdinggesellschaften zurückzuführen.

begehrter und zuverlässiger Arbeitgeber und beschäftigt direkt ca. 800 und indirekt mehrere tausend Personen.

Der in Lausanne domizilierte Tabakkonzern **Philip Morris International** gab im Frühling 2017 bekannt, weitere 300 Millionen Euro in sein griechisches Tochterunternehmen Papastratos für den Umbau der Produktionsanlage in Aspropyrgos (Attika) zu investieren. Mit der neuen Anlage sollen ab 2018 jährlich 20 Milliarden Zigaretten der neuen Generation (IQOS) hergestellt und in über dreissig Länder, worunter Frankreich, Italien, die Schweiz, Hong Kong und Singapur, exportiert werden. Dazu sollen nebst den bereits bestehenden 800 Arbeitsstellen 400 weitere geschaffen werden. Der Konzern verfügt in Agrinio (Zentralgriechenland) über einen *logistics hub* für den europäischen Markt und stützt mit seinen Investitionen, die sich seit 2003 auf **über eine Milliarde Euro** belaufen, die hiesigen Tabakproduzenten, die gut 50% des Tabaks liefern.

Landis + Gyr: Nachdem 2012 die Verlagerung der Produktion von Landis + Gyr aus Korinth nur knapp abgewendet werden konnte, hat sich die Situation für die Firma wenige Jahre später deutlich verbessert. 2015 eröffneten sich für das Unternehmen neue Perspektiven zumal gemäss EU-Richtlinie 2006/32/EG auch Griechenland alle Stromzähler für Haushalte (ca. 7 Mio.) mit intelligenten Energiezählern ersetzen muss und Landis + Gyr in Griechenland der einzige Produzent von diesen ‚smart meters‘ ist. 2015 lagerte das Unternehmen 50 Stellen von Zug nach Korinth aus und beschäftigt heute über 500 Personen. Anfang April 2016 weihte schliesslich das Zuger Unternehmen auch eine neue Werkstätte sowie eine neue Produktionslinie in Griechenland ein. Um den im internationalen Vergleich hohen Produktionskosten in der Schweiz zu entfliehen, wurde die ursprüngliche Werkstatt in der Schweiz geschlossen und deren Produktion nach Korinth verlegt. Bei der Anlage in Korinth handelt es sich um die grösste Landis & Gyr Produktionsanlage in Europa für Stromzähler, wobei ca. 95% der Produktion exportiert werden.

Auch der **Basler Reise-Detailhändler Dufry** setzt auf Griechenland und verlängerte um weitere 30 Jahre einen Vertrag mit Fraport Greece für Konzessionen an 14 Regionalflughäfen. Im Rahmen der Vereinbarung soll bis 2021 die aktuelle Verkaufsfläche von derzeit 5'000m² auf 12'000m² mehr als verdoppelt werden. Bei den Flughäfen handelt es sich unter anderem um Thessaloniki, Mykonos, Korfu, Rhodos, Zakynthos, Santorin und Samos. 2013 hatte die Dufry AG die Hellenic Duty Free Shops (HDF) übernommen, indem die Firma in einem ersten Schritt 51% der HDF-Aktien für 200,5 Mio. Euro erwarb und sich wenige Monate später für 328 Mio. Euro (in Form von Kapital und eigenen Aktien) zur Übernahme des restlichen Aktienpakets entschloss.

Syngenta nahm im Frühling 2013 in der Nähe von Athen eine Verpackungsanlage für flüssigen Pflanzenschutzstoff in Betrieb. Die für afrikanische Kleinbauern bestimmte Substanz und das Material werden aus der Schweiz geliefert. Die Investition betrug über 4 Mio. Euro.

Informationen über die griechischen Investitionen in der Schweiz liegen der Botschaft keine vor.

5 Handels-, Wirtschafts- und Tourismusförderung, „Landeswerbung“

5.1 Instrumente der Aussenwirtschaftsförderung

In Griechenland wird die Förderung der Schweizer Wirtschaftsinteressen von der Botschaft wahrgenommen. 2013 hat die Botschaft begonnen, regelmässig ‚**Swiss Business Events**‘ auf der Residenz des Missionschefs zu organisieren und dafür als Gastredner prominente Vertreterinnen und Vertreter beider Länder aus Politik und Wirtschaft einzuladen. Zu den Networking-Anlässen werden die CEOs der grössten Schweizer Firmen in Griechenland eingeladen. Im Juni 2014 reiste **Staatssekretärin Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch** für einen bilateralen Besuch nach Athen und pflegte in diesem Rahmen auch den Kontakt mit den Schweizer Wirtschaftsführern.

Aufgrund der fehlenden kritischen Grösse gibt es in Athen keine offizielle **griechisch-schweizerische Handelskammer**. Eine private schweizerisch-griechische Handelskammer existiert in Zürich und wird dort von einem griechischen Geschäftsmann geführt.

5.2 Interesse des Aufenthaltslands für die Schweiz

Tourismus: Die Schweiz ist für viele griechische Touristen als Reisedestination begehrt. Nachdem im Rekordjahr 2009 über 51'000 Griechen die Schweiz besuchten, reisten 2017 nur noch knapp 38'000

Hellenen in die Schweiz. Schweizer Ferien sind mit einem ausgesprochen hohen Imagewert verbunden.³⁹

Im Mai 2015 fand zum zweiten Mal nach 2014⁴⁰ auf der Botschaft ein Promotionsanlass mit dem Director Emerging Markets & Special Projects bei **Schweiz Tourismus** statt⁴¹ während am offiziellen Empfang anlässlich der Schweizer Nationalfeier diesen Sommer die Poster-Ausstellung „*Grand Tour of Switzerland*“ in der Botschafterresidenz präsentiert wurde.

Bildung: Schweizer Hochschulen haben in Griechenland einen hervorragenden Ruf und die Schweiz gilt seit Jahrzehnten als attraktiver Ausbildungs- und Forschungsplatz. ETHZ und EPFL verfügen in Griechenland über ein gutes Alumni-Netzwerk. Einmal jährlich werden die rund **400 auf der Botschaft registrierten Alumni von Schweizer Schulen und Hochschulen** zu einem Treffen auf der Residenz des Missionschefs eingeladen. Seit 1961 wurden über **150 Bundes-Exzellenz-Stipendien an griechische Studierende** vergeben, 2 davon im laufenden Jahr.

Griechenland unternimmt seit einiger Zeit vermehrte Anstrengungen, sein Berufsbildungssystem zu reformieren und orientiert sich diesbezüglich stark an Deutschland, mit dem verschiedene Pilotprojekte laufen.

Investitionen: Gemäss Informationen der griechischen Botschaft in Bern konzentrieren sich die griechischen Investitionen in der Schweiz insbesondere auf die **Gastronomie und den Import von Lebensmitteln und Getränken**. Entsprechende Anfragen auf der Schweizer Botschaft in Athen bestätigen diesen Eindruck. Darüber hinaus sind verschiedene Stiftungen und Institutionen bekannter griechischer Reedereifamilien in der Schweiz und in Liechtenstein ansässig.⁴² Eine starke Präsenz in der Schweiz haben ferner die EFG Bank European Financial Group, die Bankensoftwarespezialistin Temenos Group SA aber auch die Pallas Kliniken AG. Reiche Griechen sind bekannt für **Immobilienkäufe** am Genfersee und einigen Alpenregionen (Berner Oberland, Graubünden, Wallis). Eine Immobilie in der Schweiz gilt als wertsichere Investition.

Der **Finanzplatz Schweiz** ist für viele Griechen von grosser Bedeutung, indem er über Jahrzehnte für Sicherheit, Diskretion, Effizienz und Qualität bürgte. Das Interesse der griechischen Medien am Schweizer Finanzplatz ist ebenfalls gross. In den vergangenen Jahren sorgten u.a. Strafuntersuchungen im Zusammenhang mit grossen Korruptionsfällen (Fall Tsochatzopoulos) und der Liste Lagarde für beträchtliches mediales Echo. Mit dem Übergang der Schweiz zum Automatischen Informationsausgleich (AIA) ab 2018 setzen einige Griechen neuerdings ein Fragezeichen hinter die Verlässlichkeit des Finanzplatzes Schweiz. Andererseits führten Ängste bezüglich eines möglichen Austritts Griechenlands aus der Eurozone zu einer **Kapitalflucht aus Griechenland**, die möglicherweise auch Schweizer Banken als sicheren Hafen zum Ziel hatten. Über die Höhe griechischer Guthaben auf dem Finanzplatz Schweiz gibt es keine verlässlichen Zahlen. Gemäss SIF werden ca. 6,1 Mrd. CHF griechischen Kunden zugewiesen.⁴³

³⁹ Quelle: Bundesamt für Statistik

⁴⁰ Beim damaligen Promotionsevent in Zusammenarbeit mit der Botschaft und Tourismus Schweiz kamen 60 Vertreter von Reiseagenturen und Reiseveranstalter auf der Residenz zusammen. Neben ST präsentierten die Marketingleiter von Interlaken, Villars-les-Diablerets und Swiss Travel Center ihre Produkte dem griechischen Publikum.

⁴¹ Im Rahmen seines Besuchs kam ST-Direktor Federico Sommaruga auch mit Vertretern der griechischen Reisebranche sowie mit der Presse zusammen.

⁴² z.B. Stavros-Niarchos-Foundation, Fondation Latsis International, Angelopoulos Foundation, etc.

⁴³ Laut Spiegel vom 7.2.2011 sollen allein in der Schweiz bis zu 600 Mrd. Euro liegen. Diese Schätzung wurde von der griechischen Regierung dementiert und als unrealistisch bezeichnet.

Wirtschaftsstruktur

	2012	2017⁴⁴
Verteilung des PIB (%)		
Pirmärsektor	3,7%	4%
Sekundärsektor	16,2%	17%
Dienstleistungen	80,1%	79%
- davon öffentliche Dienstleistungen	-	-

Verteilung der Beschäftigung		
Pirmärsektor	12%	11,1%
Sekundärsektor	15,1%	14,2%
Dienstleistungen	72,9%	74,7%
- davon öffentliche Dienstleistungen	-	-

Quelle: [Hellenic Statistical Authority](#)

⁴⁴ Provisorische Ergebnisse

Principales données économiques⁴⁵

	2017 ^{proj}	2018 ^{proj}	2019 ^{proj}	CH 2017
PIB (USD Mrd)	201	227	236	681
PIB/habitant (USD)	18'637	21'144	22'077	80'837
Croissance (% du PIB)	1.4	2.0	1.8	1.0*
Inflation (%)	1.1	0.7	1.1	0.5*
Chômage (%)	21.4	19.8	18.0	3.2*
Solde budgétaire ^{a, b} (% du PIB)	0.03	-0.09	0.04	-0.1
Solde des transactions courantes (% du PIB)	-0.8	-0.8	-0.6	9.2
Dettes publiques (% du PIB)	181.9	191.3	181.8	44.7

⁴⁵ Source: IMF, World economic data base April 2018 // ^a Net lending/borrowing (tenant compte du service de la dette) // ^b IMF, **Primary (hors service dette) : 2017 : 3.8 – 2018 : 2.9 – 2019 : 3.5** / Divergence avec les chiffres UE : Net lending/borrowing : 2017 : 0.8 -- 2018 : 0.4 – 2019 : 0.2

* Source : SECO, Situation économique

Handelspartner**Jahr 2017**

Aussicht gemäss Aufenthaltsland

	Land	Exporte <i>vom Aufenthaltsland</i> <i>(Mio. Euro)</i>	Anteil	Ver.		Land	Importe <i>vom Aufenthaltsland</i> <i>(Mio. Euro)</i>	Anteil	Ver.⁴⁶
1	Italien	3'038	10.7%	8.1%	1	Deutschland	5'041	10.3%	6.7%
2	Deutschland	2'016	7.1%	4.4%	2	Italien	3'736	7.6%	4.1%
3	Zypern	1'725	6.1%	13.2%	3	Russland	3'421	7.0%	21.2%
4	Türkei	1'952	6.9%	44.4%	4	Südkorea	3'163	6.5%	76.8%
5	Bulgarien	1'349	4.7%	7.7%	5	Irak	3'148	6.4%	34.2%
6	USA	1'123	3.9%	2.5%	6	China	2'719	5.5%	-5.8%
7	Vereinigtes Königreich	1'106	3.9%	3.8%	7	Niederlanden	2'571	5.2%	8.2%
8	Libanon	1'249	4.4%	19.1%	8	Frankreich	2'081	4.2%	10.3%
9	Rumänien	848	3.0%	13.1%	9	Belgien	1'720	3.5%	10.8%
10	Frankreich	760	2.7%	7.9%	10	Spanien	1'697	3.5%	8.0%
39	Schweiz	143	0,5%	6.5%	23	Schweiz	420	0.9%	1.7%
	EU-19	10'519	37.0%	7.4%		EU-19	18'815	38.4%	7.3%
	EU-28	15'101	53.1%	7.7%		EU-28	24'868	50.7%	7.4%
	Total	28'464	100%	13.2%		Total	49'027	100%	13.7%

Quelle: Hellenic Statistical Authority⁴⁶ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Echanges commerciaux (Total 2)⁴⁷

	Export (mio CHF)	Variation *** (%)	Import (mio CHF)	Variation *** (%)	Solde (mio CHF)	Volume (mio CHF)
2005	1'157	-2.5	250	59.4	907	1'407
2006	1'305	12.9	316	26.4	989	1'621
2007	1'613	23.5	226	-28.4	1'387	1'839
2008	1'673	3.7	184	-18.8	1'489	1'857
2009	1'448	-13.4	229	24.7	1'219	1'677
2010	1'286	-11.2	222	-2.8	1'064	1'508
2011	1'099	-14.6	144	-35.6	955	1'243
2012*	959	*)	173	*)	786	1'132
2013	901	-5	174	1.0	727	1'075
2014	900	-1.1	158	-9.5	742	1'058
(Total 1)**	(894)	(-1.2)	(154)	(-7.3)	(740)	(1'048)
2015	794	-12	149	-6	646	943
(Total 1)	768	-12	145	-6	643	932
2016	777	-2	160	8	616	937
(Total 1)	770	-2	149	3	621	919
2017	781	1	164	2	617	945
(Total 1)	774	1	156	4	619	830

En 2016, le total des échanges accuse une réduction de 1 %, puis une augmentation de 1 % en 2017.

*) Avec effet au 01.01.2012, L'AFD a procédé à des changements méthodologiques de calcul des importations et exportations. Dès lors, les comparaisons entre 2012 et les années précédentes ne sont plus possibles.⁴⁸

***) Total "conjoncture" (total 1): sans l'or en barres et autres métaux précieux, les monnaies, les pierres précieuses et gemmes, ni les objets d'art et antiquités

***) Variation (%) par rapport à la période de l'année précédente

Répartition par produits (Total 2)⁴⁹

Exportations	2017 (% du total)	2016 (% du total)
1. Produits pharmaceutiques	65	65
2. Horlogerie	11	10
3. Produits chimiques	5	5
4. Machines	6	5
5. Produits agricoles	4	4

⁴⁷ Source : Administration fédérale des douanes AFD, Total général (total 2): avec l'or en barres et autres métaux précieux, les monnaies, les pierres précieuses et gemmes ainsi que les objets d'art et les antiquités. Le total 2 avant 2012 ne contient pas l'or, l'argent et les monnaies.

⁴⁸ *Importations* : Utilisation du concept de „pays d'origine“ et non plus celui de „pays de production“. Le *pays d'origine* est celui où la marchandise a été entièrement ou principalement produite. Le *pays de production* désigne le territoire sur lequel un produit circulait librement avant son importation en Suisse. *Exportations/Importations* : Les **chiffres du commerce extérieur de l'or, de l'argent et des monnaies** sont ventilés selon les pays et font partie intégrante de la statistique du commerce extérieur suisse (total général) dans la banque de données en ligne *Swiss-Impex*.

⁴⁹ Total général (total 2): avec l'or en barres et autres métaux précieux, les monnaies, les pierres précieuses et gemmes ainsi que les objets d'art et les antiquités (Administration fédérale des douanes).

Importations	2017 <i>(% du total)</i>	2016 <i>(% du total)</i>
1. Produits agricoles	36	34
2. Textile et habillement	15	14
3. Métaux communs	10	12
4. Produits pharmaceutiques	9	7
5. Machines	8	5

Hauptinvestoren nach Land Jahr 2016

Platz	Land	Direktinvestitionen (Mio. Euro, Bestand)	Anteil	Veränderung	Flüsse im vergangenen Jahr (Mio. Euro)
1	Niederlanden	5'402	22,6%	18%	827
2	Luxemburg	5'150	21,6%	17,6%	772
3	Deutschland	4'934	20,7%	-3,4%	-172
4	Frankreich	2'063	10,9%	9,1%	171
5	Schweiz⁵⁰	1'621	6,6%	-1%	-16
6	Belgien	1'455	6,1%	11,9%	155
7	Italien	962	4%	13,9%	117
8	Spanien	761	3,2%	-0,9%	-7
9	USA	514	2,2%	-29,9%	-219
10	Vereinigtes Königreich	485	2%	54,4%	171
	EU-28	19'658	82,3%	11%	1'945
	Euro-Area	18'961	79,4%	10,4%	1'790
	Total	23'884	100%	8%	1'764
Platz	Land	Direktinvestitionen (Euro, Bestand)	Anteil	Veränderung	Flüsse im vergangenen Jahr (Euro)
1%	+/- ...%
2%	+/- ...%
...%	+/- ...%
...	UE%	+/- ...%
...	Suisse%	+/- ...%
	Total	100%	+/- ...%	

Quelle: Bank of Greece

⁵⁰ Die schweizerischen Investitionen werden in den Statistiken der griechischen Zentralbank erstmals 2006 separat erfasst. Der hier aufgeführte schweizerische Investitionsbestand ist deshalb viel niedriger als der Investitionsbestand der SNB, der sich auf 2,1 Mrd. CHF beläuft.